

Kanton will von Nunningen Geld aus der Nachkriegszeit zurück

Der Nunninger Gemeinderat will dem Kanton einen Kredit aus der Nachkriegszeit nicht vorzeitig zurückzahlen. Daneben standen die geplanten Änderungen beim Einwohnergemeindeverband und die neuen kantonalen Zivilstandsämter auf dem Programm der Gemeinderatssitzung.



Für den Bau des Bürgerhauses hatte der Kanton der Gemeinde Nunningen nach dem Krieg einen Kredit gewährt. Der Gemeinderat aber ist gegen eine vorzeitige Rückzahlung.

Foto Thomas Meyer

Nunningen. jga. An der Gemeinderatssitzung vom Montagabend hatte der Nunninger Gemeindepräsident Kuno Gasser von einem «kuriligen Schreiben» zu berichten. Der Kanton frage an, ob die Gemeinde bereit wäre, die nach dem Krieg gewährte Wohnbauhilfe von rund 18000 Franken vorzeitig zurück-zuzahlen.

Bei der Suche nach neuen Einnah-menquellen hat der Kanton Solothurn offenbar auch seine Archive durch-wühlt und tatsächlich etwas gefunden. Sechshundert solcher zinsloser Darle-hen im Gesamtwert von 4,9 Millionen Franken wurden damals ausgeschüttet, und nun erhofft sich der Kanton eine zusätzliche Einnahmequelle aus deren vorzeitiger Rückzahlung.

In Nunningen war das Geld damals für das Bürgerhaus verwendet worden, und das Darlehen muss spätestens dann zurückbezahlt werden, wenn das Bürgerhaus verkauft wird. Da kein solcher Verkauf geplant ist, beschloss der Gemeinderat, alles beim Alten zu belassen und vorläufig nichts zu bezahlen.

Höherer Beitrag für Gemeindeverband

Der Verband der Solothurner Ein-wohnergemeinden möchte sich ab 2005 eine neue Struktur mit einem vollamtlichen Geschäftsführer geben, was den Gemeindebeitrag von zurzeit 20 Rappen auf mindestens 70 bis 100 Rappen

pro Einwohner anheben würde. Der Gemeinderat wollte sich dazu aus erster Hand, von einem Vorstandsmitglied des Verbands, informieren lassen. Der Zullwiler Gemeindepräsident Franz Stebler übernahm diese Aufgabe und erklärte, dass der Verband bereits seit 1949 bestehe und dass er sich aus je zwei Gemeindepräsidenten der zehn Bezirke zusammensetze. Die Haupttätigkeit des Verbands habe schon immer in der Vernehmlassung von neuen Gesetzes-entwürfen bestanden; dabei würden Anliegen von Gemeinden eingebracht.

Gerade in einer Zeit, in der der Kanton immer mehr Aufgaben und damit finanzielle Verpflichtungen an die Gemeinden abtrete, sei dieses «einzige Sprachrohr der Gemeinden gegenüber dem Kanton» besonders wichtig, wie Stebler betonte. Er vertrat die Meinung, dass ein Jurist als Geschäftsführer den Gemeinden helfen könne, ihre Anliegen noch besser zu vertreten, und dass dies die hohen Kosten rechtfertige. Der Gemeinderat hat nun bis im März Zeit, zur vorgeschlagenen Änderung der Verbandsstruktur Stellung zu nehmen.

Grosszügiges Werkstattgebäude für Sonnenhalde

Das Schulheim Sonnenhalde im Roderis soll ein neues Werkstattgebäude erhalten. Nachdem der erste Plan wegen einer massiven Unterschreitung

des Waldabstands revidiert werden musste, liegt nun der definitive Bauplan vor, den Christian Trutman vorstellte. Neben dem Grundriss des Gebäudes wurde auch dessen Erscheinungsbild geändert. Anstelle des ursprünglich vorgesehenen Riegelbaus soll es nun Holzfassaden wie das bereits bestehende Ökonomiegebäude erhalten. Der Gemeinderat hatte nichts gegen die nunmehr sehr geringe Unterschreitung des Waldabstands von einem halben Meter einzuwenden.

Zukunft der Zivilstandsämter

In einem weiteren Traktandum informierte Gasser über die Zukunft der Zivilstandsämter in Nunningen und im Bezirk Thierstein. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Regierungsrat dem Antrag zustimmen, sowohl in Breitenbach als auch in Dornach ein vom Kanton geführtes Zivilstandsamt einzurichten (siehe BaZ vom 22. Januar).

Die neuen Ämter werden ab 2001 tätig sein und nach und nach die Gemein-den übernehmen, die selber keine Zivilstandsbeamten mehr haben. Die anderen Gemeinden können ihre eigenen Zivilstandsämter noch weitere vier Jahre behalten. Ab 2005 wird dann der ganze Kanton von den zentralen Äm-tern aus bedient, die computergestützt und miteinander vernetzt arbeiten werden. Die Kosten der neuen Ämter gehen vollständig zu Lasten des Kantons.